

werden angenommen in Posen bei der Expedition in Zeitung, Wilhelmstraße 17, Gull. Ad. Schick, Hoflieferant, Gr. Berber- u. Breiterstr. - Ecke, Otto Kieckisch, in Firma J. Neumann, Wilhelmstraße 8, in den Städten der Provinz Posen bei unseren Agenturen, ferner bei den Annoncen-Expeditionen Rudolf Hoffe, Sauerländer & Pöglers A.-G., G. L. Pauke & Co., Invalidendank.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Theil: C. Foulane, für Beilagen und Vermischtes: J. Steinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Hauffeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratentheil: J. Klugkist in Posen.

Nr. 259

Mittwoch, 15. April.

Inserate, die schließliche Beizeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an den sonstigen Stellen entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 5 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm., angenommen

1891

Deutscher Reichstag.

98. Sitzung vom 14. April, 11 Uhr. (Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Beratung der Gewerbenovelle wird fortgesetzt mit § 134a, welcher für jeden Betrieb mit 20 oder mehr Arbeitern das Erlassen einer Arbeitsordnung vorschreibt.

Ein Antrag Auer (Soz.) will die Arbeitsordnung für alle Betriebe ohne Ausnahme haben, ohne Rücksicht auf die Zahl der Arbeiter, also die Beschränkung auf Betriebe mit über 20 Arbeitern beseitigen.

Abg. Wurm (Soz.) befürwortet den sozialdemokratischen Antrag. Auch in kleinen Betrieben müsse der Arbeiter wissen, woran er sei. Ein Betrieb sei nicht erst eine Fabrik mit 20 Arbeitern, sondern schon mit wenigen, namentlich wenn Arbeitsleitung vorhanden sei.

Abg. Dr. Hartmann (kons.) ist gegen den Antrag, weil in kleinen Betrieben, wo persönliche Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer beständen, und namentlich der Arbeitsvertrag von Person zu Person ohne Vermittlung eines Dritten abgeschlossen wäre, eine Fabrikordnung nicht notwendig und oft nur belästigend sein würde.

Abg. Wurm erwidert, daß es sich hier nicht um eine Befestigung der Betriebe, sondern um Schutz der Arbeiter handele. Gerade in kleinen Betrieben kämen die größten Streitigkeiten vor. Hierauf wird § 134a unter Ablehnung des Antrags Auer angenommen.

§ 134b trifft Bestimmungen über den geforderten und den zulässigen Inhalt der Arbeitsordnung.

Ein Antrag Auer will als Maximalgeldstrafe den ortsüblichen Tagelohn im Laufe einer Lohnperiode festsetzen, und ferner die Bestimmungen streichen, wonach mit Zustimmung eines ständigen Arbeiterausschusses in die Arbeitsordnung Vorschriften über das Verhalten der Arbeiter bei Benutzung der Fabrik- und Wohlfahrts-einrichtungen, sowie über das Verhalten der „minderjährigen“ Arbeiter außerhalb des Betriebes aufgenommen werden können.

Ein Antrag Dr. Gutfleisch (fr.) will statt „minderjährigen Arbeiter“: „Arbeiter unter 18 Jahren.“

Ein Antrag Stumm will als Maximalgeldstrafe „den durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienst des Arbeiters“ setzen.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.) hält diesen Paragrafen für den folgenschwersten des ganzen Gesetzes. Werde hier ein Fehler gemacht, werde hier ein falsches Prinzip eingeführt, so würde eine Remedur vielleicht nicht mehr möglich sein. Für ein falsches Prinzip halte er im Gegensatz zu vielen seiner Berufsgenossen, gewisse Punkte des Arbeitsvertrages in die Arbeitsordnung niederzulegen.

Der Unternehmer werde dadurch zu große Abhängigkeit von seinen Arbeitern gebracht. Zu seinem Bedauern habe der Zentralverband deutscher Industriellen und der deutsche Handelstag eine andere Stellung eingenommen. Vor allem sei er gegen die erforderliche Zustimmung des Arbeiterausschusses zum Schutze der Wohlfahrts-einrichtungen und gegen die Festsetzung eines Strafmaximums in der Arbeitsordnung. Wenn man aber einmal ein Strafmaximum einführe, so müsse man es so hoch greifen, daß die Disziplin in der Fabrik aufrecht erhalten bleibe. Das habe der Kommissionsbeschluss nicht gethan. Nicht mit dem ortsüblichen Tagelohn, sondern mindestens mit dem wirklichen Verdienste der Arbeiter müsse man diese bestrafen. In einzelnen Gegenden gebe der ortsübliche Tagelohn auf 80 Pf. herunter, während manche Arbeiter z. B. Monteur dort 6 M. verdienen. Ein Arbeiter, der blauen Montag mache, und sich dadurch 6 M. entgehen lasse, werde sich durch 80 Pf. Strafe dadurch nicht abhalten lassen. Entlassung aus der Arbeit sei eine viel schlimmere Strafe als jede Geldstrafe, besonders wenn ganze Generationen einer Arbeiterfamilie in derselben Fabrik schon gearbeitet hätten. Außerdem sei Entlassung aus der Arbeit nur eine Strafe für den Arbeiter, der nicht entlassen werden wolle; denn sonst würden die Bestimmungen über Kontraktbruch hinfällig sein. Redner bittet seinen Antrag anzunehmen als das Minimum dessen, was man fordern müsse, denn das Schwinden der Autorität sei die größte Gefahr der Zeit, und man müsse befürchten, daß es auch auf die Armee übergehe. Die Autorität der Arbeitgeber müsse befestigt werden, wenn der Arbeitgeber nicht aus seiner Haut fahren solle. Wenn sein Antrag abgelehnt werde, so werde die Art an die Wurzeln der Monarchie geleitet.

Abg. Dr. Firsich (fr.) hält es für unmöglich, einem Arbeitgeber, der keinen Befähigungsnachweis zu liefern habe und vielleicht im ganz jugendlichen Alter stehe, eine ungemessene Strafgewalt zu geben über in Ehren ergraute Arbeiter. Diese feudale Anschauung passe nicht mehr in die heutigen Zeiten. Er halte überhaupt Privatstrafen seitens des Arbeitgebers ohne Zuziehung der Arbeiterschüsse oder ohne Appellation an diese für nicht zulässig. Deshalb müsse man wenigstens die Strafe beschränken auf den ortsüblichen Tagelohn. Sie könne ja nach dem Kommissionsantrage tagtäglich eintreten; denn der Antrag Auer sei allerdings unannehmbar, weil er eine Prämie aussehe auf eine möglichst häufige Wiederholung von Uebertretungen seitens der Arbeiter. Es sei unverständlich, wie Abgeordneter v. Stumm von der Ablehnung des Tagesarbeitsverdienstes statt des ortsüblichen Tagelohnes als Maximalstrafe den Ruin des Staates, das Aufhören von Autorität in der Gesellschaft und Monarchie befürchten könne. Außer der Entlassung gebe es ja noch eine Anzahl anderer Strafen, Verweise, Verwarnungen u. s. w. Deshalb sei eine Erhöhung des Strafmaßes unnötig. Die größte Bedeutung des Paragrafen sieht Redner in der Einführung der Arbeiterschüsse, die er für die größte soziale Errungenschaft in diesem ganzen Gesetze halte. Durch sie werde eine beständige Fühlung zwischen beiden Theilen bewirkt und das trübe, feindselige Verhältnis mehr und mehr schwinden. Die Sozialdemokraten versprächen sich von den Arbeiterschüssen nicht viel, aber die Erfahrung werde sie belehren. Die Sozialdemokraten seien inkonsequent, weil sie zu gleicher Zeit begehrtesten Anhänger der Arbeitskammern seien, die doch auf denselben Prinzipien beruhten, wie die Arbeiterschüsse. Freilich sei mit den Arbeiterschüssen noch nicht die soziale Frage

gelöst, sondern große Vereinigungen, Gewerksvereine u. s. w. hätten das Ihrige zu thun namentlich in Bezug auf die Regelung der Lohnfrage.

In Bezug auf die Wohlfahrts-einrichtungen kündigte Redner für die dritte Lesung einen Antrag an, welcher einen Mißbrauch derselben verhindere, namentlich daß Spartassen und Arbeiterwohnungen als Zwangsmittel gegen die Arbeiter benützt würden, indem diese bei Entlassung aus der Arbeit die Wohnungen sofort räumen müßten und der Spartasseneinlagen verlustig gingen. Im Uebrigen erklärt sich Redner prinzipiell für den Antrag Auer auf Streichung der Bestimmungen über das Verhalten der jugendlichen Arbeiter außerhalb des Betriebes eventuell für den Antrag Dr. Gutfleisch.

Abg. Bebel (Soz.) beantragt, Entschädigungsansprüche des Arbeitgebers dürfen in die Arbeitsordnung nicht aufgenommen werden. Redner findet die Stellungnahme des Abg. v. Stumm begreiflich, da er in seinem Betriebe eine Fabrikordnung habe, die zu den härtesten in ganz Deutschland gehöre. (Hört, hört!) Es hänge wesentlich von dem persönlichen Auftreten der Unternehmer und ihrer Aufsichtsbeamten ab, ob die Disziplin aufrecht erhalten bleibe. Es dürfe nicht immer der Zuchtmeister vor dem Arbeiter stehen. Den Arbeitgebern schreibe Herr v. Stumm die Rolle des Erziehers zu. Zunächst sollten sie aber erst ihre Söhne erziehen lernen, deren Verhalten auf den Unberathen man ja kenne, zunächst sollten sie selbst den Befähigungsnachweis dafür erbringen. Das Strafmaß müsse auf das geringste herabgesetzt werden, weil man bei dem Arbeitgeber nicht das nötige Maß von Objektivität voraussetzen könne. Hier sei Anklage, Richter und sogar der Verfall des Straffoder eine und dieselbe Person. Die Gebr. Stumm in Neunkirchen spielten ihren Arbeitern gegenüber auch außerhalb des Betriebes die Polizei. Im Königreich Stumm brauche man nicht Staat und Behörde, da genüge die Firma Stumm und ihre Fabrikordnung. Dort sei den Arbeitern sogar verboten sich zu verheirathen, ohne den Chef vorher zu benachrichtigen u. s. w. In der Fabrikordnung der Gebr. Stumm würden die Arbeiter auch in ihrem Privatverhalten namentlich in ihren Vergnügungen durch ein ausgeheftetes Spionagesystem überwacht; es werde ihnen z. B. das unerlaubte Schießen bei Kindtaufen, in der Neujahrsnacht u. s. w. verboten (Geisterzeit). Die Behörden müßten selbst in einer Art von Abhängigkeitsverhältnis zu den Gebr. Stumm stehen, sonst würden sie sich einen solchen Eingriff in ihre Befugnisse nicht gefallen lassen. Die sächsische Staatsbahnverwaltung habe in ihre Fabrikordnung sogar die Bestimmung aufgenommen, daß kein Arbeiter unter 16 oder über 35 Jahre aufgenommen werden dürfe. Würden die unteren Verwaltungsbehörden es wagen, gegen eine solche Fabrikordnung der obersten Staatsbehörden einzuschreiten? Redner führt eine Reihe weiterer Bestimmungen aus Fabrikordnungen von Staatsbetrieben an, durch welche den Arbeitern die politische Gleichberechtigung genommen werde. Demgegenüber sei es dringend nötig, schon jetzt genau zu wissen, welche Vorschriften in die Fabrikordnungen zukünftig aufgenommen werden dürften. Redner befürwortet jedoch die sozialdemokratischen Anträge. Gegen die Arbeiterschüsse sei er deshalb, weil die Bestimmungen des Gesetzes nicht eine Zusammenfassung derselben garantirten, welche den Absichten entspräche. Die Arbeiterschüsse seien nur eine Scheineinrichtung.

Minister Frhr. v. Berlepsch hält im Gegensatz zu dem Vorredner die Befugnisse, Konditionalstrafen in der Fabrikordnung festzusetzen, für durchaus vereinbar mit den Rechtsanschauungen der Jetztzeit. In größeren Betrieben käme man ohne ein wirksames Strafmittel nicht aus, namentlich bei fluktuirender Arbeiterbevölkerung. Kein Land der Erde entbehre der Geldstrafen. Man dürfe den Unternehmern den nötigen Schutz zur Aufrechterhaltung der Ordnung nicht verweigern.

Abg. Dr. Schäbler (Btr.) erklärt sich für den Kommissionsbeschluss, der den ortsüblichen Tagelohn als Maximalstrafe festsetzt, die aber jeden Tag erhoben werden kann.

Abg. Wöllmer (df.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. v. Stumm über die Nothwendigkeit von fühlbaren Geldstrafen und gegen die Anschauungen des Abg. Bebel über die Arbeiterschüsse. Diese sollten der Keim sein einer konstitutionellen Form der Arbeiterverhältnisse. Auch wenn sie noch unvollkommen und Mißbräuchen ausgesetzt seien, dürfe man nicht das Kind mit dem Bade ausschütten und eine Organisation zurückweisen, die die Gleichberechtigung der Arbeiter zum Mindesten vorbereite. Ebenso unbedenklich sei die Stellung der Sozialdemokraten zu den Wohlfahrts-einrichtungen. Man dürfe die sittlichen Gewalten nicht aus dem Lebensverhältnissen und der Gesetzgebung entfernen. Den Arbeiterschüssen solle man die Mitwirkung an den Wohlfahrts-einrichtungen nicht nehmen. Wohl aber sei er gegen die Einmischung der Arbeiterschüsse in das Verhalten der jugendlichen Arbeiter außerhalb des Betriebes. Ueberhaupt sei die freisinnige Partei gegen jede Einmischung in die Familie, in die privaten Verhältnisse der Arbeiter. Auf keinen Fall dürfe man die Arbeiter über 18 Jahren hierin kontrolliren. Wenn man den Arbeiterschüssen das Vertrauen der Arbeiter nicht von vornherein nehmen wolle, so dürfe man sie nicht mit Funktionen beschweren, die sie unbeliebt machen könnten.

Abg. Müller (nl.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Frhr. v. Stumm an und erklärt, für dessen Antrag stimmen zu wollen. Am liebsten hätte er außer dem Maximum noch ein Strafminimum gewünscht.

Abg. Frhr. v. Stumm erwiderte dem Abg. Bebel, daß alle Vorschriften, die sich auf die Verhältnisse der Arbeiter außerhalb des Betriebes beziehen, nach den Kommissionsbeschlüssen aus den Fabrikordnungen beseitigt werden müssen. Er werde aber nach wie vor um das sittliche Verhalten der Arbeiter auch außerhalb des Betriebes sich kümmern, und jeden, der sich nicht bessere, verwarne event. entlassen. Diese Entlassungen würde er viel häufiger eintreten lassen müssen als bisher, wo er dem Arbeiter eine mäßige Geldstrafe hätte auferlegen dürfen. Er werde nach wie vor verlangen, daß Klagen, Heirathen u. s. w. ihm vorher angezeigt werden müßten, um Jedem, der trotz seiner Verwarnung frivol klage, frivol heirathe, zu kündigen. Unerfahrene junge Arbeitgeber, die noch erzogen werden müßten, gäbe es gar nicht.

Abg. Bebel (Soz.) erklärt es für unverständlich, wie Herr v. Stumm glauben könne, daß er seine Fabrikordnung im Großen und Ganzen auch fernerhin werde aufrecht erhalten können. Seine Ausführungen bewiesen das große Maß von Willkür seitens der Unternehmer. Daß die Arbeiter den Konsens zur Verheirathung vom Arbeitgeber einholen müßten, sei wohl eine vereinzelt Anschauung in Deutschland (Widerspruch rechts); freilich theilten sie die Funke mit Frhr. v. Stumm, die sich ja in Bezug darauf die größtmöglichen Freiheiten erlaubten. (Unruhe rechts.) Hierauf werden unter Ablehnung aller Änderungsanträge die Kommissionsbeschlüsse gegen die Stimmen der Konservativen, Reichspartei und Nationalliberalen angenommen.

§ 134c machte den Inhalt der Arbeitsordnung, soweit er den Gesetzen nicht zuwiderläuft, für die Arbeitgeber und Arbeiter rechtsverbindlich und unterlag andere Strafen, als in der Arbeitsordnung vorgeesehen sind.

Ein Kompromißantrag Dr. Gutfleisch unterlag im Arbeitsvertrag die Vereinbarung über andere als in der Arbeitsordnung vorgeesehene Gründe der Entlassung oder des Austritts aus der Arbeit.

Abg. Frohme (Soz.) erklärt sich gegen die Rechtsverbindlichkeit der Arbeitsordnung für beide Theile. Von einer Rechtsgleichheit zwischen Arbeiter und Arbeitgeber könne man da nicht mehr reden, da die freibeitlichen Bestrebungen der Arbeiter durch viele Arbeitsordnungen völlig unterdrückt würden.

Abg. Dr. Gutfleisch (fr.) befürwortet den Antrag, der eine Milderung gegenüber dem Kommissionsvorschlag enthalte. Nach unerheblicher Diskussion wird der Kommissionsbeschluss mit dem Kompromißantrag angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die weitere Beratung auf Mittwoch 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

98. Sitzung vom 14. April, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Die zweite Beratung der Landgemeindevorordnung wird fortgesetzt bei § 59, der für die Wahl zur Gemeindevertretung öffentliche Stimmabgabe vorschreibt.

Ein freisinniger Antrag Geberty-Rickert will statt dessen die geheime Wahl durch Stimmzettel einführen. Abg. v. Meyer (Arnswalde, wildkons.) verlangt die öffentliche Wahl nicht nur zur Gemeindevertretung, sondern auch für den Gemeindevorstand, welcher letztere nach der Vorlage geheim sein soll. Er erblickt nur im mündlichen Wahlrecht einen Schutz gegen allzu weit gehende Wahlagitationen und Fälschungen der öffentlichen Meinung und sieht darin die notwendige Konsequenz des konstitutionellen Staatssystems. Freilich diese Ausführungen würden den Abg. Rickert veranlassen zu sagen: das ist der raubhorstige, ungeleckte Feudale von Meyer. (Geisterzeit.)

Abg. v. Seydebrand u. d. Raja (kons.) erklärt, daß die konservative Partei gegen den Antrag Rickert stimmen werde.

Abg. Rickert (fr.): Wir können es Herrn v. Meyer nicht recht machen, weder wenn wir ihn als einen selbständigen, noch wenn wir ihn als einen feudalen Mann hinstellen. In der Kreisordnung wie in der Provinzialordnung herrscht geheimes Wahlrecht, und die Regierung hat ja sogar bei der Wahl der Gemeindevorsteher geheime Wahl beantragt. Warum will man hier einen anderen Modus einführen? Ja, auch die Kirchenwahlen sind geheim. Das ist auch allein wahrhaft konstitutionell. Nicht der Muth der Meinung ist das Erste im konstitutionellen System, sondern die Hauptsache ist, daß die wahre Meinung zum Ausdruck kommt, und das wird doch der alte Praktiker v. Meyer zugeben, daß das geheime Wahlrecht ein größerer Schutz des Schwachen ist und Ansehen verleiht. Das ist eine durchaus realistische Auffassung. Hier in Berlin haben die Schutzleute bei den Stadtverordnetenwahlen einstimmig für den antilegitimistischen Kandidaten gestimmt. Glaubt Herr v. Meyer, daß bei geheimer Wahl dasselbe der Fall gewesen sein würde? Die geheime Wahl ist um so eher in Preußen nötig, einem Staate mit so zentralisirter Verwaltung, wie sie kein anderer Staat hat. Auf dem Lande, gegenüber den Landjunkern, ist die geheime Abstimmung auch notwendiger, als in den Städten. Die Landgemeindevorordnungen anderer Staaten haben auch das geheime Wahlrecht eingeführt, z. B. Württemberg. Man hält uns immer England vor Augen, das nur öffentliches Wahlrecht habe. Geben Sie uns das konstitutionelle Leben Englands, und wir würden auch für das öffentliche Wahlrecht zu haben sein. (Beifall links.)

Minister Herrfurth: Die Frage, ob geheimes oder öffentliches Stimmrecht, ist eine mehr technische, da sie nur die Form berührt. Die Regierung hat sich an bestehendes Recht gehalten, da in den meisten Gemeinden öffentliches Wahlrecht herrscht. Der Antrag Geberty hat ja manche Vortheile, z. B. den der Zeitersparnis. Dieses Schauffement für das geheime Wahlrecht aber als eines Schutzes der Schwachen vertheile ich nicht, wenn ich auch die Frage vom technischen Standpunkt aus für diskutabel halte. Die bisher mit dem geheimen Wahlrecht gemachten Erfahrungen haben gezeigt, daß die Auffassung über ihre Vorteilhaftigkeit sehr optimistisch ist. Es ist auch bei der geheimen Wahl fast unmöglich, daß eine objektive, gänzlich unbeeinflusste Wahl stattfindet. Da sprechen persönliche und politische Sympathien und Antipathien mit, Rücksichten der Freundschaft und Verwandtschaft kommen fast überall, wenn auch oft unbewußter Weise, zum Ausdruck. Andererseits sind bei der Beeinflussung von außen her durchaus nicht bloß Furcht und Feigheit ausschlaggebend, sondern auch die Rücksichtnahme auf berechnete Autoritäten kann mitwirken. (Beifall rechts.) Das geheime Wahlrecht hat dagegen den Nachtheil, daß dem Reich, der Mißgunst und den agitatorischen Hebereien der weiteste Spielraum gelassen wird. (Bravo! rechts.) Die Inkonsequenz, welche die Abg. v. Meyer und Rickert der Regierung zeigen, weil sie für die Gemeindevertretungswahlen öffentliches für die Gemeindevorsteherwahlen geheimes Wahlrecht einführt, be-

gehen die Herren hier im Hause auf Grund der geltenden Geschäftsordnung selber. Sie selbst sind auf Grund des öffentlichen Wahlrechts gewählt, und Sie wählen Ihre Präsidenten geheim, und die Mitglieder der Kommissionen wieder öffentlich. In Konsequenz ihrer Ansichten müßten die Herren auch einen Antrag auf entsprechende Abänderung der Geschäftsordnung einbringen (Wachen links).

Abg. Friedberg (nl.): Wir prüfen für den einzelnen Fall, ob öffentliche oder geheime Wahl angebracht ist, beide haben je nach den näheren Umständen ihre Vorzüge. Der Vergleich mit England fällt keineswegs zu unseren Ungunsten aus; wir haben mindestens dieselben Rechtsgarantien für die individuelle Freiheit, und bei uns hat jeder auch zweifellos denselben Muth seiner Meinung. Hier bei Gemeindeangelegenheiten kann gerade die geheime Abstimmung wegen des Inbetrachtkommens persönlicher Momente von Neid, Mißgunst und besonderer Sympathien und Antipathien dazu führen, daß dieselbe nicht die allgemeine, sondern private Interessen zum Ausdruck bringt. Ich werde daher mit der Mehrzahl meiner politischen Freunde gegen den Antrag Ricker stimmen, und ich hoffe, daß auch Herr Ricker bald von seiner Unterschätzung des deutschen Volkscharakters zurückkommen wird. (Wachen links).

Abg. Frhr. v. Huene (Str.): Meine politischen Freunde werden für den Antrag Eberty-Ricker stimmen (Wachen links), behalten sich aber eine präzisere Redaction für die dritte Lesung vor. Von der von Herrn v. Meyer betonten Selbstständigkeit der Wähler bekommt man einen sonderbaren Begriff, wenn man sich die Wahlprüfungsberichte des Reichstags ansieht. Herr Ricker hat vielleicht die Beeinflussung der sogenannten Krautjunker gemeint, wenn er sagte, in den Landgemeinden ist das geheime Wahlrecht noch nöthiger als in den Städten. Da vergißt er, daß die modernen Junker doch noch schlimmer sind. Wir haben in den letzten Jahrzehnten traurige Erfahrungen gemacht, wie man das öffentliche Wahlrecht gegen uns gebraucht hat. In dem geheimen Wahlrecht liegt ein Schutz der Minorität. Wir können auch nicht anerkennen, daß bei kommunalen Wahlen andere Gesichtspunkte maßgebend sein müssen als bei politischen Wahlen, nachdem wir erfahren haben, daß gegen unsere Partei bei kommunalen Wahlen politische Grundzüge ausgespielt worden sind, selbst wo unsere Kandidaten als die geeignetsten anerkannt waren.

Allgemein ist unsere Stellung zur Vorlage die, daß wir die Landgemeindevorordnung annehmen werden, wenn ihre endgültige Fassung einen Fortschritt gegen den bisherigen Zustand bedeuten wird, im entgegengesetzten Falle aber ablehnen. Die Ablehnung aller unserer Anträge giebt uns heute noch keine Gewißheit, wie wir zuletzt stimmen werden. Wir werden jedenfalls unsere volle Unabhängigkeit bewahren.

Abg. Eberty (df.): Man wird der grundsätzlichen Stellung zu der Frage der geheimen Wahl nicht ausweichen können, auch wenn man sie zu einer technischen stempelt. Man ist dieser Stellungnahme ausgewichen, weil man sich sagte, daß wir Recht haben. Die Nationalliberalen haben heute die Entscheidung in der Hand. Sie entwinden sich einer Stellungnahme, indem sie uns, wie wir diese Frage auch regeln mögen, entweder agitatorische Absichten oder unzeitgemäßes Vorgehen vorwerfen. Ueber das Maß der Freiheit der öffentlichen Meinungssäußerung ist im Land nur eine Meinung. Wenn man im Lande darüber abstimmen lassen würde, ob geheime oder öffentliche Wahlen, so würde man erkaunt sein über das Uebergewicht von Stimmen, welche sich für das geheime Wahlrecht erklären.

Abg. v. Jazdzewski (Bole): Auch wir werden für den freisinnigen Antrag stimmen. Auch wir leben in dem geheimen Wahlrecht einen Schutz der Minderheit, als welche wir bei politischen und kommunalen öffentlichen Wahlen schlimme Erfahrungen gemacht haben.

Abg. Ricker (df.): Ich habe gegen den deutschen Volkscharakter keine Mißachtung auszusprechen wollen, sondern habe nur von den Verfassungszuständen Englands gesprochen. Die Rede des Abg. Friedberg war gegen das geheime Wahlrecht überhaupt gerichtet. Es geht aus ihr hervor, daß er die geheime Wahl für den Reichstag ohne Weiteres beseitigen will.

Der Antrag Eberty wird in namentlicher Abstimmung mit 182 gegen 91 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmen die Freisinnigen, Centrum und Polen. Dagegen Konservative, Freikonservative, Nationalliberale.

§ 59 wird in der Kommissionsfassung angenommen. § 60, welcher bestimmt, daß absolute Majorität notwendig ist, die Modalitäten für die engere Wahl festsetzt, wird ohne wesentliche Debatte angenommen, ebenso §§ 61-64.

Bei § 65 (Gültigkeit der Beschlüsse der Gemeindevertretung) fragt

Abg. Schmidt-Warburg (Bentz.) an, wann die Stimme des Gemeindevertreters erlischt oder in Ruhe tritt.

Minister Herrfurth erwidert, daß besondere Bestimmungen darüber nicht nöthig sind, da alle Zweifel in dieser Beziehung sich nach § 41 (Umfang des Gemeinderichts) beseitigen lassen.

§ 65-71 wird darauf angenommen. § 72 (Verwaltung der Landgemeinden) bestimmt, daß an der Spitze der Verwaltung der Landgemeinde der Gemeindevorsteher mit mindestens zwei Schöffen steht. Durch Ortsstatut soll in größeren Gemeinden ein aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen bestehender kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden können.

Ein Antrag v. Rauchhaupt will die bisherigen Amtsbenennungen „Schulze, Schöppen u. s. w.“ beibehalten. Ein Antrag Frhr. v. Huene will die Zahl der Schöffen auf höchstens 6 normiren. Damit verbunden wird die Berathung über §§ 87, 87a (Rechte und Befugnisse des Gemeindevorstehers sowie des kollegialischen Gemeindevorstandes).

Ein Antrag Bohz will dem Gemeindevorsteher die Beaufsichtigung der Gemeinde-Anstalten übertragen, für welche besondere Verwaltungen eingesetzt sind. Ein Antrag Schmidt (Warburg, Str.) will dem Gemeindevorsteher im Falle der Beschlussunfähigkeit des Gemeindevorstandes das Recht geben, allein zu entscheiden.

Ein Antrag Avenarius (nl.) verlangt einen neuen § 87b, nach welchem zur dauernden Verwaltung oder Beaufsichtigung einzelner Geschäftszweige durch Ortsstatut Ausschüsse gebildet werden können, an deren Spitze der Gemeindevorsteher tritt.

Abg. Graf Strachwitz (Str.) erklärt sich gegen die Bildung eines kollegialischen Gemeindevorstandes. Man nehme den Leuten dadurch die Lust, das Amt eines Gemeindevorstehers zu übernehmen. Abg. v. Tiedemann (Sabischin, Str.) spricht sich ebenfalls gegen den kollegialen Gemeindevorstand aus, mit dem man innerhalb des Kollegiums einer Gemeindevertretung ein zweites Kollegium schaffe.

Abg. v. Rauchhaupt (konf.) tritt dagegen für die Bildung eines kollegialischen Gemeindevorstandes ein. Durch die vorgängige Durcharbeitung des Materials in einem Kollegium würde der Schulze viel leichter alle Gemeindeangelegenheiten vor die Gemeindevertretung bringen und vor ihr vertreten können. Dagegen ist Redner gegen den nationalliberalen Antrag, es sei sehr zweifelhaft, ob bei der Wahl der verlangten Ausschüsse die Minorität berücksichtigt würde.

Minister Herrfurth spricht sein Einverständnis mit der von der Kommission beschlossenen Einführung eines kollegialischen Gemeindevorstandes aus. Damit berücksichtige die Landgemeindevorordnung die Bedürfnisse der Berliner Vororte, welche sonst in der Vorlage unberücksichtigt geblieben seien.

Inzwischen ist ein Antrag Schmidt (Warburg) eingegangen, welcher dem kollegialischen Gemeindevorstand die Befugnisse nehmen will, die Gemeindebeamten anzustellen und zu beaufsichtigen.

Abg. Eberty empfiehlt die Bildung eines kollegialischen Gemeindevorstandes, der einer größeren Anzahl von Gemeindegliedern eine erprobliche positive Thätigkeit in der Gemeinde ermöglicht. In größeren Gemeinden werde eine solche Thätigkeit zu einem frischen Gemeindeleben viel beitragen.

Abg. v. Strombeck will mit einem Theile seiner Fraktionsgenossen für den kollegialischen Gemeindevorstand stimmen und bittet um Annahme seines Antrages über die Zahl der Schöffen.

Abg. Dr. Krause (natl.) befürwortet den nationalliberalen Antrag, der es ermöglicht, daß auch technisch gebildete Leute bei der Vorbereitung und Erledigung wichtiger Fragen mitwirken.

Abg. Schmidt (Warburg) vertheidigt seinen Antrag. Es sei kein Grund vorhanden, dem Gemeindevorsteher die Befugnisse zu nehmen und der gesammten Gemeindevertretung zu übertragen, die Beamten anzustellen.

Die Diskussion wird geschlossen. Der Antrag Avenarius wird abgelehnt und § 72 mit den Anträgen v. Rauchhaupt und v. Huene angenommen; ebenso § 87 mit den beiden Anträgen Bohz, sowie § 87a mit den Anträgen Schmidt (Warburg).

Das Haus vertagt darauf die weitere Berathung auf Mittwoch 11 Uhr. Schluß 3¹/₂ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. April.

Der Kaiser begab sich am Dienstag zum Artillerie-Schießplatz bei Rummersdorf, um daselbst einer größeren Schießübung beizuwohnen.

Major v. Wisman ist, wie der „Reichsanz.“ mittheilt, unter dem Ausdruck besonderer Zufriedenheit von seinem Kommissorium als Reichskommissar von Ostafrika entsandt worden. Das ihm gemachte Anerbieten, weiterhin als Kommissar zur Verfügung des Gouverneurs von Ostafrika dem Reiche Dienste zu leisten, hat Major v. Wisman angenommen, gleichzeitig aber einen dreimonatlichen Urlaub für Europa erbeten und erhalten.

Der „Reichsanzeiger“ schreibt: Nach telegraphischer Mittheilung aus Iquique ist das deutsche Kohlen Schiff „Kajah“, nachdem es von dem Geschwader der chilenischen Kongresspartei freigegeben war, am 11. d. Mts. in Iquique eingetroffen. Weiter meldet das amtliche Blatt: Hamburger Blätter haben vor einigen Tagen die Mittheilung gebracht, daß der mit Salpeter beladene Hamburger Dampfer „Komulus“ im Hafen von Coronel, welchen er angelaufen hatte, um Kohlen einzunehmen, beschlagnahmt worden sei, um die Zahlung des Ausfuhrzollses für die Ladung zu erzwingen, obwohl der Zoll bereits bei dem Abgang aus Iquique an die Kongresspartei entrichtet worden war. Nach jetzt eingegangenen amtlichen Meldungen hat die Angelegenheit inzwischen dadurch ihre Erledigung gefunden, daß auf die Beschwerde des Kaiserlichen Gesandten in Santiago von der dortigen Regierung für die gegen den Führer des Schiffes und dieses selbst verhängten Zwangsmahregeln bereitwillig Genugthuung gewährt worden und dem Dampfer die Fortsetzung seiner Fahrt gestattet worden ist. Die Frage der Entschädigung sieht ihrer demnächstigen Regelung entgegen.

Als die Ermäßigung der Getreidezölle in dem Handelsvertrag mit Oesterreich-Ungarn zum ersten Mal zur Sprache kam, erklärte sich die „Kreuztg.“ damit unter der Voraussetzung einverstanden, daß der ermäßigte Zoll nur auf die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn angewendet werde. In der Zwischenzeit ist die „Kreuztg.“ so weit gelangt, daß sie nicht einmal von einer Bindung der deutschen Zölle etwas wissen will. Dagegen räumt sie ein, daß Differentialzölle auf Getreide unmöglich sind. Von Unterscheidungs zöllen, schreibt das Blatt, soll ja abgesehen werden und sie werden sich mit Rücksicht auf die Lage des Ostens ja auch nicht einführen lassen. Die Trauben sind offenbar sauer.

Mit einem italienischen Interviewer soll sich nach dem „Corriere di Napoli“ Fürst Bismarck unterhalten haben, wie der „Herold“ aus Rom meldet. Auf die Frage des Berichterstatters, wie Italien seine wirtschaftlichen Interessen mit seinen politischen, welche es auf den Dreibund mit den Kaiserreichen hinwies, in Einklang bringen solle, habe der Fürst geantwortet: die Italiener müßten Geduld haben. Ob mit, ob ohne Dreibund, die Arbeit, welche nun vollendet sei, hätten sie auf jeden Fall verrichten müssen. Sie hätten nicht ewig, wie 1866, ohne Heer und ohne Marine bleiben können, unfähig, sich eines französischen oder österreichischen Angriffs allein zu erwehren. Der Dreibund diene Frankreich nur zum Vorwande, um Italien den Handelsvertrag zu verweigern, es würde ihm denselben abschlagen, auch wenn es nicht zum Dreibunde gehörte. Die Gegner des Dreibundes in Italien wüßten nicht, was sie thun. Entsetzte Italien nach so langdauernden Opfern dem Dreibunde, so gerichte es in eine ungünstigere Lage als vor dem Jahre 1861. Der Friede sei nicht so gesichert wie früher; denn es fehle das maßgebende Element, das zugleich mächtig genug sei, einen tollen Streich zu verhindern. Die Deutschen verhorresziren einen Angriffskrieg. Wie leicht sei es aber, die Völker zu überreden, daß die Angreifer eigentlich die Angegriffenen seien? Auf Italien zurückkommend, soll der Fürst gesagt haben, die Freirechtlichen mit ihren Wählerreien seien feindsich. Habe ihnen Tunis denn nicht die Augen geöffnet? Die Frage des Trentino wäre ohne die Unarten der Freirechtlichen längst gelöst. „Sagen Sie der Italienern“, so habe der Fürst geschlossen, „daß sie bloß Geduld haben sollen, Geduld, nichts als Geduld!“ — Uns kommt das Ganze apokryph vor, meint die „Frei. Ztg.“, wenn es auch der gegenwärtigen Stimmung des Fürsten Bismarck entsprechen mag, sich als „das maßgebende Element“ zu bezeichnen, dessen jegige Ohnmacht, „jenen tollen Streich zu verhindern“, die Sicherheit des Friedens vermindert habe.

Stadttheater.

Bosen 14. April.

„Das alte Lied.“ Schauspiel von Felix Philippi. Nachdem Felix Philippi mit seinen früheren Dramen, in denen er vergeblich höhere Ziele anzustreben suchte, wenig Glück gehabt hatte, errang er mit seinem neuesten Schauspiel „Das alte Lied“ vor einiger Zeit im Deutschen Theater in Berlin einen großen äußeren Erfolg. Einen gleichen Erfolg hatte das Stück auch bei seiner ersten Aufführung im hiesigen Stadttheater. Philippi ist in seinem jüngsten Werk der herrschenden Mode gefolgt, indem er uns ein gut Stück Berliner Hinterhauspoesie bietet, die in den letzten Jahren dem Publikum ganz besonders schmachhaft erscheint. Das Stück ist keine dramatische Kunstschöpfung, es legt vielmehr Zeugniß ab von einem nicht unbedeutenden kaufmännischen Spekulationsgeist des Dichters. Mit bewundernswertem Raffinement hat es Philippi verstanden, das Publikum unausgesetzt in höchster Spannung zu erhalten, allerdings zum Theil auf Kosten einer folgerichtigen künstlerischen Entwicklung. Von unserer Gewohnheit, bei Erst-Aufführungen die Handlung des Stückes kurz zu skizziren, wollen wir in diesem Falle abweichen, weil eine vorherige Kenntniß der Handlung denjenigen unserer Leser, welche das Schauspiel noch sehen werden, eben jene Spannung, auf die es hier nur ankommt, nehmen würde. Es soll nur erwähnt sein, daß „Das alte Lied“ dasjenige vom betrogenen Ehemann ist.

Die Darstellung, welche wieder eine ganz vortreffliche war, trug wesentlich dazu bei, über die rein künstlerischen Mängel des Schauspiels hinwegzutäuschen. Eine bedeutende schauspielerische Leistung war die Leonie, die Frau des Rechtsanwalts Cornelius, des Fräulein Doppel. Obgleich diese Figur vom Dichter eigentlich nur skizzirt worden ist, wußte Fräulein Doppel eine lebenswahre Frauen gestalt zu schaffen. Das Verführerisch-Anmuthige dem Liebhaber gegenüber, das Listige und Lauernde in Gegenwart ihres

Vatten, der jähle Wechsel in den Stimmungen, alles das brachte Fräulein Doppel in vollendeter Weise zur Anschauung. Mehr realistisch als schön waren die Zuckungen der sterbenden Leonie, die getrost fortbleiben könnten. Herr Wehrlin wußte sich mit der Rolle des betrogenen Ehemannes gut abzufinden. Den wenig hervortretenden Liebhaber Leonies, Banquier Rahden spielte Herr Matthias mit bekanntem Geschicke. Eine Musterleistung war ferner die Frau Nowack des Fräulein Paulmann. Das war ganz die habgierige, von Grund aus gemein denkende Kupplerin, bei deren Erziehungsmethode es nur zu verwundern ist, daß die eine ihrer beiden Töchter, Hedwig, welche durch Fräulein Golland sehr ansprechend gespielt wurde, ein reiner Engel geblieben ist. Die jüngere Tochter Anna, von Fräulein Philipp flott dargestellt, ist zwar auch ein Engel, aber ein gefallener. Der Arzt Dr. Nikolai, der Bräutigam Hedwigs, fand in Herrn Lipowiz einen vortrefflichen Vertreter, der mit großer Wärme für die Ehre seiner Braut eintritt. Die erste Szene im vierten Akt, im Opern-Restaurant, die mit der Handlung des Stückes nichts zu thun hat, wurde außerordentlich flott gespielt. Sehr ergötzlich wirkte besonders der Oberkellner des Herrn Strampfer. Grundfalsch wäre es übrigens die episodische Figur des Trapezkünstlers Ernesto Scolzini (augenscheinlich Ernst Scholz) als typisch aufzufassen. Die Artisten der Jetztzeit sind gerade das Gegentheil dieses verbummelten Scolzini.

Das Publikum folgte der Aufführung mit größtem Interesse und spendete lebhaften Beifall.

* Ein merkwürdiges Distörchen vom Berliner Hofe weiß der Petersburger Korrespondent der in Kopenhagen erscheinenden „Politiken“ zu erzählen. Wie bekannt, schenkte im vorigen Jahre Kaiser Alexander dem deutschen Kaiser ein prächtiges russisches Dreigespann, einen sog. Troika-Wagen, und die drei Hengste waren auf Anordnung des russischen Kaisers erster Güte, das Geschirr der Pferde war nach russischer Art reich mit feinstem Silber geschmückt und selbst der russische Originalkutscher fehlte nicht. Man

hat vielfach Gelegenheit gehabt, dies echte Stück Rußland in den Straßen Berlins zu bewundern. Der Kutcher, ein echter Moskowite mit breitem Rücken und langem Bart, das Barett mit Frauenfedern geschmückt, war nicht wenig stolz darauf, daß er zum kaiserlichen Leibkutscher befördert worden. Seine Obliegenheiten erfüllte er mit großer Pflichttreue, stets sah er mit peinlicher Genauigkeit darauf, daß sich sein Gefährt in lauberkstem Zustande befand, und namentlich widmete er seine liebevolle Sorgfalt auf den Silberschmuck, so daß auch nicht das geringste Fleckchen daran zu entdecken war: wußte er doch, daß sein Kaiser allein für das Geschirr 20 000 Rubel bezahlt hatte; früh und spät mußten deshalb die Stallleute daran pöben. Eines Tages mußten die Stallleute das Geschirr einer Extrareinigung unterziehen und wie gewöhnlich stand unter Kusse selbst dabei, um aufzufassen, daß alles gründlich geschab. Plötzlich stieß er den Seufzer aus: Slavo tebo hostpodi! (gelobt sei Gott!) und bekreuzte sich, während ihm Thränen die Wangen herniederließen. Sein scharfes Auge hatte nämlich entdeckt, daß das Silber anfang, gelbe Flecke zu bekommen — also nicht für Silber, sondern für Messing hatte sein Kaiser 20 000 Rubel ausgegeben! Diese Entdeckung, die ihn so plötzlich an seine ferne theure Heimath erinnerte, war es, die ihn so tief ergriff. Die Stallbedienung war über diesen Wechsel, der mit dem Silbernen Geschirr vorging, natürlich sehr verwundert; sie entsann sich plötzlich, gelesen und gehört zu haben, welche merkwürdige Dinge in Rußland passieren können, bis sie schließlich in helles Gelächter ausbrach. Dies rief den Oberstallmeister hinzu, der, als man ihm die gelben Flecken zeigte, nichts weiter als hm, hm! sagte, aber von dieser Entdeckung Meldung machte. Man erzählt, daß sich Kaiser Wilhelm mit eigenen Augen von diesem russischen Mirakel überzeugt und dann später bei einer passenden Gelegenheit dem Vorkäufer Schawalow und dem General Werder gegenüber einige scherzhaftige Andeutungen über die Sache fallen gelassen habe. Als dann diese beiden Herren bald danach nach Petersburg gereist waren, kam die Gelegenheit auch dem Zaren zu Ohren. Im russischen Marstall fand unlängst eine Aufsehen erregende Veränderung statt, indem der Generalmajor Martinow, der jetzt zehn Jahre lang an der Spitze desselben steht, ganz plötzlich von seiner Stellung entbunden wurde. Ob indessen diese Maßregel mit der Troika-Geschichte in Verbindung zu bringen ist, ist insofern zweifelhaft, als er nach seiner Entlassung aus dem Marstalldienst zum Geheimen Rath und Senator ernannt worden ist.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Zur Vorberathung des Telegraphengesetzes in der Kommission hat der freikünigige Abg. v. Bar eine Reihe von Abänderungsanträgen eingebracht. Herr v. Bar will das Monopol des Reichs auf die gewerbmäßige Beförderung von Telegrammen oder Vermittelung von telephonischen Unterredungen im Fernverkehr beschränken. Im Lokalverkehr müssen Privatoperationen (bez. Gesellschaften) konfessionirt werden, wenn der Unternehmer genügende Sicherheit für ordnungsmäßigen Betrieb und für etwa erwachsende Schäden stellt. Jedoch bedürfen Genehmigungsverordnungen keiner Konfession. Der Erlaß von Bestimmungen über die Annahme und Beförderung von Telegrammen und die Vermittelung telephonischer Unterredungen sowie über die Gebühren und die Gewährleistung im Telegraphen- und Telephonverkehr soll einem besonderen Gesetze vorbehalten bleiben. Abg. v. Buol (Ztr.) beantragte, auf die Herstellung von Telegraphen- u. f. w. Anlagen die Bestimmungen über das Enteignungsverfahren anzuwenden. Ferner soll ein Vorrecht in der Benutzung der vom Reich betriebenen Anlagen nur durch das öffentliche Interesse begründet werden können. Auch Abg. v. Bar beantragte: Unbegündete Zurückweisungen von Telegrammen und telephonischen Unterredungen, sowie Benachteiligungen bezüglich der Reihenfolge verpflichten die Reichstelegraphenverwaltung zum Schadenersatz.

Lozales.

Posen, den 15. April

In der historischen Gesellschaft für die Provinz Posen wurde gestern der bisherige Kultusminister, Herr v. Gopler, der der Gesellschaft u. A. noch unmittelbar vor seinem Rücktritt vom Ministerposten eine Anzahl Bücher aus seiner Privatbibliothek überwies, sowie der jetzige Kultusminister, bisheriger Vorsitzender der historischen Gesellschaft, Herr Graf v. Zedlitz-Trübschler, zu Ehren-Mitgliedern ernannt.

Der diesjährige polnische Provinzial-Sängertag sollte nach dem in Posen am 7. Juli v. J. gefaßten Beschlusse in Gnesen oder Ostrowo abgehalten werden. Da nun nach einer Mitteilung des Vorstandes des polnischen Sängervereins in Ostrowo der Verein in Gnesen verhindert ist, dort die Veranstaltungen zu dem Sängertage zu treffen, so wird der diesjährige polnische Sängertag (der vierte) in Ostrowo abgehalten werden, und zwar in der zweiten Hälfte des Juli d. J.

Der 50-jährige Jubiläum des Dr. Marcinkowski-Vereins (zur Lehrerbildung für die polnische Jugend), welches hier in den nächsten Wochen gefeiert werden wird, hat der hiesige Sanitätsrath Dr. Zielonka eine Biographie des Dr. Marcinkowski verfaßt und im Druck erscheinen lassen.

Der neueste Schlepvdampfer der Warthe, die der Firma Herrmann u. Co. zu Stettin gehörige „Vorussia“, erreichte gestern zum ersten Male untern Plaz. Sie ist z. B. der größte und stärkste Dampfer der Warthe; ihrer Kraft entsprechend, welche sich bei der Probefahrt schon für halbe Zylinderfüllung mit über 200 Pferdestärken ergab, zog das Schiff Streckenweise, z. B. zwischen Landsberg und Schwerin in 6 Rädhnen eine Last von 11—12 000 Zentner gegen die noch immer heftige Strömung. Bei dem Schiffe sind alle neuesten Erfahrungen berücksichtigt; es ver-einigt geringsten Tiefgang mit solidem Bau. Von zahlreichen Einrichtungen, die den bisherigen Warthedampfern fehlen, seien beispielsweise nur kräftige Dampfpumpen erwähnt zu Sösch-zwecken und zum Verpumpen fremder, in Noth befindlicher Fahrzeuge. Die innere und äußere Ausstattung des Schiffes ist eine für einen Dugirdampfer elegante.

Telegraphische Nachrichten.

Kiel, 14. April. Der Kronprinz von Schweden ist heute früh mit dem Dampfer „Skirner“ hier eingetroffen und hat alsbald die Reise nach dem Süden fortgesetzt.

Homburg v. d. S., 14. April. Die Kaiserin Friedrich ist mit der Prinzessin Margarethe heute Abend 6 Uhr hier eingetroffen. Die Stadt ist festlich geschmückt.

Karlsruhe, 14. April. In der Hauskapelle der Prinzessin Wilhelm fand heute anlässlich des Ablebens der Großfürstin Olga Feodorowna ein Trauergottesdienst statt, an welchem der Großherzog und die Großherzogin und die zur Zeit anwesenden Mitglieder der großherzoglichen Familie theilnahmen. Nach den hier eingetroffenen Mittheilungen erfolgt die Beisetzung am nächsten Freitag in der kaiserlichen Gruft der Petersburger Festungskirche. Der Großherzog hat erst in Folge dringender Vorstellungen und Bitten seines Arztes auf die ursprüngliche Absicht, nach Petersburg zu reisen, verzichtet. Prinz Wilhelm reist heute Nacht nach Petersburg, um den Großherzog bei den Beisetzungsfestlichkeiten zu vertreten.

Braunschweig, 14. April. Unter Vorsitz des Handels-kammerpräsidenten Haake wurde hier ein Kanalbau-Verein für das Herzogthum Braunschweig gegründet zur Förderung des Rhein-Wefer-Elbetanals beziehungsweise eines Stichkanals nach Braunschweig. Es sind bereits 8100 M. für die Vorarbeiten gezeichnet.

München, 14. April. Heute Mittag trafen der Herzog und die Herzogin von Monaco mit ihrer Tochter, Prinzessin Luise, und ihrem Sohne, Prinzen Philipp, in Begleitung des Grafen von Eu hier selbst ein. Zu ihrem Empfange waren auf dem Bahnhof erschienen: die Prinzen Ludwig Ferdinand und Alphons und die Prinzessin Elvira. Zu Ehren der Hochzeitsgäste giebt der Prinzregent heute um 4 Uhr eine Familientafel.

Wien, 14. April. Nach einer Meldung der „Presse“ beschränkt sich das künftige handelspolitische Verhältniß zwischen Oesterreich und Deutschland nicht auf den Handelsvertrag als solchen, sondern beide Staaten sind entschlossen, auf dem Gebiete der Handelspolitik überhaupt auch anderen Staaten gegenüber gemeinsam vorzugehen. Hinsichtlich des Appreturverkehrs zwischen Oesterreich und Deutschland bleibe der status quo aufrecht erhalten.

Wien, 14. April. Der Oberste Sanitätsrath hat den Entwurf eines Impfgesetzes festgestellt. Dasselbe beruht auf dem Grundsatz der allgemeinen obligatorischen erstmaligen Impfung der Kinder in dem ersten Lebensjahre und der obligatorischen Wiederimpfung vor Beendigung des schulpflichtigen Alters.

Wien, 14. April. Die Konstituierung des Klubs der Konservativen ist heute Vormittag erfolgt; derselbe zählt bis jetzt 51 Mitglieder. Zum Obmann wurde Graf Hohenwart

und zu Stellvertretern desselben die Abgeordneten Klacik und Rapp gewählt. Die Katholisch-Konservativen und die süd-slawischen Abgeordneten gaben die Erklärung ab, daß sie innerhalb des Klubs eine eigene Gruppe bilden und sich für ihre Spezialzwecke Aktionsfreiheit vorbehalten werden.

Petersburg, 14. April. In einem kaiserlichen Manifest über das Ableben der Großfürstin Olga Feodorowna heißt es, daß die Großfürstin, welche bejufs Heilung ihrer Krankheit sich auf der Reise nach der Krim befand, am 11. d. in Charkow starb. Die Großfürsten Michael Nikolajewitsch und Georg Michailowitsch reisten am 11. d. nach Charkow ab und haben somit die hohe Kranke nicht mehr am Leben gefunden. Großfürst Nicolai Michailowitsch war schon früher in Charkow eingetroffen. — Ueber die Beisetzung der verstorbenen Großfürstin ist noch nichts veröffentlicht worden, dagegen ist bereits eine dreimonatliche Hoftrauer angefangen. Der Hof wird sich heute Nachmittag in der Isaakskathedrale zu einer Seelenmesse für die Verstorbene versammeln. Die Veranstaltung öffentlicher Vergnügungen ist auf drei Tage untersagt.

Nach aus Charkow eingegangenen weiteren Meldungen hatte am 9. April die Großfürstin Olga Feodorowna die dortige Station im Hofzuge in der Richtung nach der Krim passirt. Der Zug kehrte jedoch am Abend desselben Tages mit der Großfürstin nach Charkow wieder zurück, weil der Zustand derselben sich so bedenklich gestaltet hatte, daß die Hinzuziehung Charkower ärztlicher Autoritäten für nothwendig erachtet worden war. Die Krankheit, welche die Großfürstin ergriffen, hatte sich zu einer akuten Pleuritis entwickelt; der Tod der Großfürstin erfolgte in der Nacht vom 12. zum 13. April, nachdem die letzten Stunden in Bewußtlosigkeit verfloßen waren. Die Leiche wurde unverzüglich aus dem Wagon des Hofzuges in die kaiserlichen Gemächer des Charkower Bahnhofes gebracht, wo dieselbe bis zur Ueberführung nach Petersburg aufgebahrt worden ist.

Paris, 14. April. Die Testamentsvollstrecker des Prinzen Jerome erklären im „Figaro“, daß das Testament des Prinzen seinem Inhalte gemäß vollzogen werden wird. Die Sichtung der Schriftstücke sei unbehindert und im Einvernehmen mit dem Universalerben Prinzen Louis erfolgt, welcher es auch den Testamentsexekutoren überlassen habe, der französischen Regierung den letzter Wunsch des Verstorbenen bezüglich der Beerdigung vorzulegen.

Brüssel, 14. April. Die Rechte der Repräsentanten-kammer trat heute Vormittag zusammen, um über die Frage bezüglich der Verfassungsrevision zu berathen. Die Mitglieder verpflichteten sich auf Ehrenwort, über die gefaßten Beschlüsse Stillschweigen zu beobachten. Aus einzelnen Aeußerungen ist indessen zu entnehmen, daß die Rechte die Nothwendigkeit einer sofortigen Verfassungsrevision zugegeben hat, daß sie es aber ablehne, die sogenannten Kapazitätswahlen zuzulassen.

Brüssel, 14. April. Wie der „Etoile Belge“ versichert, wäre die Ernennung Stanleys zum Gouverneur des Kongo-Staates fest beschlossen. Die Anwesenheit Macinnons in Brüssel hänge mit dieser Ernennung zusammen.

London, 14. April. Das amtliche Blatt veröffentlicht die Verleihung der ersten Klasse des „Ausgezeichneten Ordens vom heiligen Michael und heiligen Georg“ (Grand Croix) an den Vizeadmiral v. d. Goltz.

London, 14. April. Die „Times“ veröffentlicht den Entwurf eines Aederverbandes zur Versicherung aller Seeleute und Heizer der dem Verbands gehörenden Schiffe gegen Unglücksfälle auf der See. Durch Lösung einer Verbandskarte für 1 Schilling werden die Seeleute und Heizer mit 25 Pfund, die Kapitäne und ersten Ingenieure mit 100 Pfund und die anderen Ingenieure und Steuermänner mit 50 Pfund versichert.

Plymouth, 14. April. Zu Ehren des Kontreadmirals Schröder und der anderen Offiziere vom deutschen Uebungs-geschwader wurden gestern glänzende Festlichkeiten veranstaltet. Nachmittags fand bei dem Divisionskommandanten General Harrison eine Gartengesellschaft, am Abend ein Festessen im Marineoffizierskasino statt, dem der Herzog von Edinburgh präsidirte. Auf das Festessen folgte ein Ball bei dem Admiral Sir Walter Grubbe. Morgen früh besuchen die deutschen Offiziere die Regierungs-Etablissemens. Am Nachmittage giebt der Herzog von Edinburgh eine Gartengesellschaft zu Ehren der Gäste.

Bukarest, 14. April. Anlässlich des fünfundsingzigsten Jahrestages ihrer Gründung hielt die rumänische Akademie der Wissenschaften gestern eine feierliche Sitzung unter dem Präsidium des Königs und in Gegenwart der Königin und des Thronfolgers ab. Der König hielt eine Ansprache, welche lebhaften Beifall hervorrief. Die Königin verlas ein selbst-verfaßtes, noch nicht veröffentlichtes Gedicht. Unter die Anwesenden wurde eine Gedenkmedaille vertheilt. Abends fand ein Galabinder zu 70 Gedecken zu Ehren der Akademiker statt, an welchem auch die Ehrenmitglieder und Korrespondenten theilnahmen.

Berlin, 15. April. Die „Norddeutsche Allgem. Ztg.“ zählt die von der Regierung der Vereinigten Staaten am 25. März erlassenen Ausführungsbestimmungen des neuen Gesetzes, betreffend die obligatorische Schlachtviehuntersuchung auf und schließt daraus, es würden jetzt nicht nur die noch vorhandenen Zweifel hinsichtlich der Gestaltung der Fleischschau aufgeklärt, sondern auch das ernste Bestreben bethätigt, daß Maßnahmen getroffen werden sollen, welche, wenn gewissenhaft ausgeführt, es den Importländern ermöglichen könnten, eine Aufhebung respektive Abänderung des Einfuhrverbotes amerikanischer Schweinefleisch ins Auge zu fassen.

Bradford, 15. April. Gestern Abend wiederholten sich Exzesse der streifenden Seidenwirker. Der Pöbel machte einen Angriff auf das Rathhaus und zertrümmerte die Fenster. Die Aufrührer wurden abermals verlesen. Polizei und Militär griffen die Volksmassen wiederholt an; mehrere Personen wurden verletzt.

Angekommene Fremde.

Posen, 15. April.

Grand' Hotel de France. Frau Rittergutsbesitzer Rozjcka und Tochter aus Rußland, Kapitän'sfrau Esfowsta aus Kalisch, die Studenten Bezamont und Marait aus Paris, die Kaufleute Glaser aus Berlin, Verdelof aus Paris und Neumann aus Leipzig.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufleute Bod aus Danzig, Schneider aus Hamburg, Feldmann, Mehl, Wintelmann und Quartiermeister aus Berlin, Kretschmer aus Breslau, Reichert aus Karlsruhe, Gottgetreu aus Chemnitz, Schroeter aus Leipzig und Böttcher aus Hohenstein, Rentier v. Werder aus Görlitz, Versicherungsbeamter v. Platen aus Magdeburg.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Ingenieur Amme aus Braunschweig, Landwirth Grob aus Breslau, Fabrikant Solon und Eisenbahndirektor Frau Kähne aus Berlin, Apotheker Frau Pier und Tochter aus Breslau, die Kaufleute Engel und Frau aus Berlin, Schiele aus Altenburg, Siekmann aus M.-Glabbad Teuber aus Gortau, Veinbach aus Bremen, Metlich aus Remscheid, Grell aus Barmen, Frau Zacharias, Frau Lubczynski und Liesheim aus Berlin, Frau Schulze und Fräulein Hoppe aus Sagemühl bei D.-Krone.

Hotel Bellevue. (H. Goldbach.) Die Kaufleute Platters, Rosenthal, Arndt, Gahlbed und Guhart aus Berlin, Zerni aus Würzburg, Neyer aus Chemnitz und Rohmann aus Jägerndorf, Ingenieur Gierke aus Magdeburg, Ober-Inspektor Martin aus Berlin, Fabrikant Franken aus Aachen.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufleute Süßbach aus Berlin, Hoche aus Breslau, Reinsbagen aus Helmarshausen und Daab aus Frankfurt a. M., Ingenieur Bergel aus Haynau, Fabrikant Hoffe aus Bischofsberg und Hoflieferant Fröhlich aus Sagan.

Hotel de Berlin (W. Kamieński.) Die Rittergutsbesitzer von Micki aus Ostrowel, v. Zarochowski aus Kl. Soloniki und v. Smilomski aus Polen, Rechtsanwalt v. Barczewski aus Kalisch, Propst Weiß aus Michorzewo, Fr. Michomsta aus Jatzewo, die Kaufleute Simonsohn aus Birle und Fritsche aus Kalisch.

Stern's Hotel de l'Europe. Die Kaufleute Krüger aus Breslau, Baermann aus Berlin, Seegers aus Bremen, die Fabrikanten Fiedler, Grobe und Frau aus Berlin, Banquier Brünning aus Breslau, Directrice Fräulein Flatow aus Magdeburg und Rentier Rohde aus Königsberg.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Geblermann aus Quakenbrück, Hann aus Lissa, Manzoni und Steiner aus Dresden, Peintka aus Petritau, Rentier Gehrreienst aus Thorn, Postamtwärter Konopinski aus Wollstein.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Winterfeld aus Mogilins, Baber aus Dresden, Oster aus Kreuznach, Cohn aus Samter, Cohnheim aus Samotichin, Landsberger aus Krefeld, Wein aus Berlin und Glüdmann aus Breslau.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Raeder aus Berlin, Grund aus Königsberg, Dirich aus Bentfchen, Schneider aus Langenbielau, Marcus und Hoff aus Breslau, Sauer aus Rottbus, Wittkowski aus Birbaum, Fleischermeister Jachninski aus Strzalkowo, Braumeister Nowakowski aus Kiel und Frau Postvorsicht Uredat aus Königsberg.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Landel aus Bönarowiz, Berenze aus Rogasen, Bod aus Nur. Goslin, Vossal aus Konin und Clavier aus Berlin.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am	14. April	Morgens 2.58 Meter.
=	= 14.	= Mittags 2.58
=	= 15.	= Morgens 2.56

Telegraphische Börsenberichte.

Bonds-Kurse.

Hamburg, 14. April. Gold in Barren pr. Kilogr. 2786 Br., 2782 Gd. Silber in Barren pr. Kilogr. 131.75 Br., 131.25 Gd.

Breslau, 14. April. Bismilck fest. 3 1/2 %ige L.-Pfandbriefe 97.60, 4 %ige ungarische Goldrente 92.10, Konsolidirte Türken 18.90, Türkische Loose 78.00, Breslauer Diskontobank 104.65, Breslauer Wechselbank 103.25, Schleifischer Bankverein 120.30, Kreditaktien 164.85, Donnersmarckhütte 81.00, Oberchlef. Eisenbahn 67.25, Oppelner Zement 195.50, Krampha 130.00, Laurahütte 124.25, Verein. Delfabr. 106.75, Oesterreichische Banknoten 175.40, Russische Banknoten 241.00.

Schlef. Zinkaktien 194.50, Oberchlef. Portland-Zement 112.00, Archimedes —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb 122.50, Flöthner Maschinenbau 105.25.

4 1/2 %ige Obligationen der Oberchlefischen Eisen-Industrie-Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb in Gleiwitz 100.90, Schleifische Dampfschiffskompanie 109.25.

Frankfurt a. M., 14. April. (Schluß.) Behauptet.

Lond. Wechsel 20.375, 4proz. Reichsanleihe 106.15, 3proz. —, österr. Silberrente 80.90, 4proz. Papierrente 80.60, do. 5proz. 89.10, do. 4proz. Goldrente 97.40, 1860er Loose 125.50, 4proz. ungar. Goldrente 92.20, Italiener 93.30, 1880er Russen 99.30, 2. Orientanl. 76.00, 3. Orientanl. 76.70, unifiz. Egypter 98.20, 3 1/2 %ige Egypter 94.00, konv. Türken 18.95, 4proz. türk. Anl. 84.90, 3proz. portug. Anl. 55.90, 5proz. serb. Rente 91.80, 5proz. amer. Rumänier 99.80, 6proz. konj. Mexik. 88.80, Böhm. Westb. 309 1/2, Böhm. Nordbahn 178 1/2, Zentral-Pacific 107.90, Franzosen 216 1/2, Galizier 187 1/2, Gotthardbahn 155.40, Hess. Ludwigsb. 115.10, Lombarden 102 1/2, Lübeck-Büchen 165.50, Nordwestb. 184 1/2, Kreditakt. 263 1/2, Darmstädter 150.50, Mitteld. Kredit 104.40, Reichsb. 142.70, Diskonto-Kommandit 207.60, Dresdner Bank 148.80, Pariser Wechsel 80.775, Wiener Wechsel 175.20, serbische Tabaksrente 91.80, 4proz. spanter 76.30.

Courl Bergwerksaktien 91.30, Privatdiskont 2 1/2 % Proz. Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263 1/2, Franzosen 216 1/2, Galizier —, Lombarden 102 1/2, Egypter —, Diskonto-Kommandit 198.20.

Privatdiskont 3 1/2 %.

Buenos-Ayres, 13. April. Goldagio 225.00.

Rio de Janeiro, 13. April. Wechsel auf London 17 1/2.

Börsen-Kurse.

Köln, 14. April. Getreidemarkt. Weizen hiesiger loco 23.51, do. fremder loco 24.00, per Mai 23.65, per Juli 23.85, Roggen hiesiger loco 19.50, fremder loco 20.75, per Mai 19.45, per Juli 19.40, Hafer hiesiger loco 17.50, fremder 18.00, Rüböl loco 63.60, per Mai 65.20, per Oktober 65.30.

Bremen, 14. April. Petroleum. (Schlußbericht.) Standard white loco 6.40. Sehr fest.

Aktien des Norddeutschen Lloyd 129 Gd.

Hamburg, 14. April. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Goot average Santos per April 86 1/2, per Mai 86, per September 81 1/2, per Dezember 72 1/2. Behauptet.

Hamburg, 14. April. Zudermarkt. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Uance, frei am Bord Hamburg per April 13,87 1/2, per Mai 13,87 1/2, per August 14,00, per Dezember 12,75 1/2. Ruhig.

Hamburg, 14. April. Getreidemarkt. Weizen loco fest holländischer loco neuer 210-224. Roggen loco fest, medlenburg loco neuer 190-198, ruffischer loco fest, 136-140. Hafer fest. - Gerste fest. - Weizen (unverzollt) ruhig, loco 62. - Spiritus matt, per April-Mai 35 1/2, Br., per Mai-Juni 35 1/2, Br., per Juli-August 37 Br., per September-Oktober 37 1/2 Br. Kaffee fest. Umsatz 2000 Sack. - Petroleum ruhig. Standard white loco 6,45 Br., per August-Dezember 6,70 Br. - Wetter: Regenrich.

Paris, 14. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, per April 29,90, per Mai 29,90, Mai-August 29,90, per September-Dezember 29,20. - Roggen fest, per April 19,10, per September-Dezember 18,70. - Mehl fest, per April 65,00, per Mai 64,40, per Mai-August 64,40, per September-Dezember 64,40. - Hafer ruhig, per April 75,00, per Mai 75,75, per Mai-August 76,50, per September-Dezember 78,50. Spiritus träge, per April 41,50, per Mai 42,25, per Mai-August 42,75, per September-Dezember 41,50. - Wetter: Veränderlich.

Savre, 14. April. (Telegramm der Hamburger Firma Belmann, Begler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß mit 10 Points Hauffe. No 5000 Sack, Santos 4000 Sack. Recettes für 2 Tage.

Savre, 14. April. (Telegramm der Hamburger Firma Belmann, Begler u. Co.) Kaffee, good average Santos, per Mai 106,75, per September 101,75, per Dezember 91,50. Behauptet.

Amsterdam, 14. April. Java-Kaffee good ordinary 61 1/2. - Wetter: Schön.

Amsterdam, 14. April. Getreidemarkt. Weizen per Mai 256. - Roggen per Mai 181 a 180, per Oktober 170 a 169 a 168 a 169.

Antwerpen, 14. April. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 16 1/2 bez. und Br., per April 16 1/2, Br., per Mai 16 Br., per Juni 16 1/2 Br., per September-Dezember 16 1/2 Br. Ruhig.

Antwerpen, 14. April. Getreidemarkt. Weizen höher. Roggen fest. Hafer fest. Gerste begehrt.

London, 14. April. An der Küste 1 Weizenladung angeboten. - Wetter: Kalt.

London, 14. April. Gilt-Kupfer 51 1/2, per 3 Monat 52 1/2. - Wetter: Schön.

London, 14. April. 96pCt. Savazucker loco 15 1/2, ruhig. - Wetter: Schön.

Liverpool, 14. April. Getreidemarkt. Weizen stramm. Mehl fest, Mais 3 d. höher. - Wetter: Schön.

Liverpool, 14. April. Baumwoll. Umsatz 6000 Ballen, davon für Spekulation und Export 500 B.

Widdl. amerikan. Lieferungen: April-Mai 4 1/2, Mai-Juni 4 1/2, Juni-Juli 4 1/2, Juli-August 4 1/2, August-September 4 1/2, September-Oktober 4 1/2, Oktober-November 4 1/2, November-Dezember 4 1/2 d. Alles Verkäuferpreise.

Glasgow, 14. April. Rohheisen. (Schluß.) Mixed numbers Warrant 42 sh. 11 d.

Glasgow, 14. April. Die Verschiffungen betragen in der vorigen Woche 5860 Tons gegen 9786 in derselben Woche des vorigen Jahres.

Newyork, 13. April. Visible Supply an Weizen 22 397 000 Bushels, do. an Mais 2 338 000 Bushels.

Newyork, 14. April. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach Großbritannien 38 000, do. nach Frankreich, do. nach anderen Häfen des Kontinents 45 000, do. von Kalifornien und Oregon nach Großbritannien, do. nach anderen Häfen des Kontinents 68 000 Orts.

Newyork, 13. April. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 8 1/2, do. in New-Orleans 8 1/2. Raff. Petroleum Standard white in Newyork 6,85-7,15 Gd., do. Standard white in Philadelphia 6,85-7,15 Gd. Rohes Petroleum in Newyork 6,85, do. Pipe line Certificates per Mai 73. Stetig. - Schmalz loco 7,00, do. Rohe u. Brothens 7,35. Zuder (Fair refining Muscovado) 3 1/2. Mais (New) per Mai 75 1/2. Rother Winterweizen loco 120 1/2. Kaffee (Fair Rio) 20. Mehl 4 D. 25 C. Getreidefracht 1. - Kupfer per Mai 13,75 nominell. Rother Weizen per April - per Mai 115, per Juli 111. Kaffee Nr. 7, low ordin. per Mai 17,27, per Juli 16,87.

Newyork, 14. April. Rother Winterweizen per April fehlt, per Mai 1 D. 14 1/2 C.

Berlin, 15. April. Wetter: Bewölkt.

Fonds- und Aktien-Börse. Berlin, 14. April. Die heutige Börse eröffnete in mäßig fester Haltung bei theilweise etwas abgeschwächten Notierungen auf spekulativem Gebiet. Die von den fremden Börsenplätzen vortretenden Tendenzmeldungen boten geschäftliche Anregung in keiner Beziehung dar.

Hier entwickelte sich das Geschäft Anfangs ruhig, gewann aber später etwas größere Ausdehnung und gleichzeitig gewann die Haltung vom Montanaktienmarkt ausgehend in Folge von Deckungen etwas an Festigkeit, sodaß die Kurse ziemlich allgemein kleine Aufbesserungen erfuhr. Der Börsenschluß blieb fest aber ruhig. Der Kapitalmarkt zeigte weniger feste Haltung für heimische solide Anlagen bei ruhigem Handel; fremde, festen Zins tragende Papiere, auch Staatsfonds und Renten konnten ihren Werthstand zumeist ziemlich behaupten, blieben aber still.

Der Privatdiskont wurde mit 2 1/2 Proz. notirt. Auf internationalem Gebiet gingen Oesterreichische Kreditattinen nach schwacher Eröffnung in festerer Haltung mäßig lebhaft um; Franzosen waren behauptet, Lombarden schwächer; Dux-Bodenbach und schweizerische Bahnen setzten etwas niedriger ein, stellten sich aber im Verlauf des Verkehrs etwas besser.

Inländische Eisenbahnaktien waren behauptet aber sehr ruhig; Lübeck-Büchener fest, Ostpreussische Südbahn schwächer. Bankaktien waren Anfangs schwach, später befestigt; die spekulativen Diskont-Kommandits, Berliner Handelsgesellschafts-Anteile und Aktien der Darmstädter Bank nach schwächerer Eröffnung fester und lebhafter; Aktien der Deutschen Bank fest.

Industriepapiere ziemlich fest aber ruhig; Montanwerthe ziemlich belebt und in Folge von Deckungen anziehend.

Berlin, 14. April. Die Getreidebörse eröffnete auf höhere Preismeldungen aus Newyork, London, Paris und Amsterdam in fester Haltung. Bald stellte es sich indeß heraus, daß hier Käufer fehlten und starke Realisationslust vorhanden war. Dazu kam noch ein ausgedehntes Angebot, welches in der Hauptsache von ersten Säulern ausging. Die Preise ließen in Folge dessen schnell nach.

Weizen verlör per Frühjahr 2 Mark, per März 1 Mark. Roggen büßte für den laufenden Termin ca. 1 Mark, für hintere Sichten 1 1/2 Mark ein. Hafer war anfänglich sehr fest, später schwächte sich die Tendenz im Anschluß an Roggen etwas ab, doch blieben die Preise noch 1/2 Mark höher als gestern. Roggenmehl in mäßigem Umsatz zu billigeren Preisen. Rüböl fest behauptet. In Spiritus zeigte sich starke Realisationslust und die Preise büßten 70 Pf. ein.

Weizen (mit Ausschluß von Staubeizen) per 1000 Kilogramm. Loco flauer. Termine niedriger. Gefündigt 800 Tonnen. Rüböl loco flauer. Termine niedriger. Gefündigt 1000 Tonnen. Spiritus loco flauer. Termine niedriger. Gefündigt 1000 Liter.

Produkten-Börse. Berlin, 14. April. Die Getreidebörse eröffnete auf höhere Preismeldungen aus Newyork, London, Paris und Amsterdam in fester Haltung. Bald stellte es sich indeß heraus, daß hier Käufer fehlten und starke Realisationslust vorhanden war. Dazu kam noch ein ausgedehntes Angebot, welches in der Hauptsache von ersten Säulern ausging. Die Preise ließen in Folge dessen schnell nach.

Weizen verlör per Frühjahr 2 Mark, per März 1 Mark. Roggen büßte für den laufenden Termin ca. 1 Mark, für hintere Sichten 1 1/2 Mark ein. Hafer war anfänglich sehr fest, später schwächte sich die Tendenz im Anschluß an Roggen etwas ab, doch blieben die Preise noch 1/2 Mark höher als gestern. Roggenmehl in mäßigem Umsatz zu billigeren Preisen. Rüböl fest behauptet. In Spiritus zeigte sich starke Realisationslust und die Preise büßten 70 Pf. ein.

Weizen (mit Ausschluß von Staubeizen) per 1000 Kilogramm. Loco flauer. Termine niedriger. Gefündigt 800 Tonnen. Spiritus loco flauer. Termine niedriger. Gefündigt 1000 Liter.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterl. = 20 M. | Doll = 4 1/2 M. | Rub. = 3 M. 20 Pf. | 7 r. öccl. W. = 12 M. | fl. österr. W. = 2 M. | fl. holl. W. = 1 M. 70 Pf. | Frano oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Table with multiple columns listing various financial instruments, exchange rates, and market data. Includes sections for Bank-Diskonto, Wechsel v. 14., Ausländische Fonds, Eisenbahn-Stamm-Aktien, Eisenbahn-Prioritäts-Obligat., Eisenbahn-Prioritäts-Certifikate, Hypothek-Certifikate, and various bank and industrial shares.